

62. Schülerwettbewerb des Landtags von  
Baden-Württemberg

Thema 5:

Welchen Einfluss haben Protestbewegungen  
auf unsere Demokratie?

Facharbeit

David Schellenbach

Peutinger-Gymnasium

Jahrgangsstufe 1

2019/2020

## Inhalt

1	Einführung .....	1
2	Allgemeines zu Protestbewegungen .....	1
2.1	Politisches Engagement in Deutschland .....	1
2.2	Möglichkeiten der politischen Partizipation .....	2
2.3	Was sind Protestbewegungen? .....	2
2.4	Wie kommt es zu Massenprotesten? .....	3
3	Analyse wichtiger Protestbewegungen in der BRD und der DDR.....	4
3.1	Proteste gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen in Mutlangen .....	4
3.2	Montagsdemonstrationen in der DDR.....	5
3.3	PEGIDA .....	6
3.4	„Stuttgart 21“ .....	8
4	Fazit: Haben Protestbewegungen Einfluss auf die Demokratie? .....	9
5	Quellenverzeichnis: .....	i
6	Eigenständigkeitserklärung.....	iii

# 1 Einführung

Landwirte gegen Agrarpläne, Proteste gegen Uploadfilter, Occupy Wallstreet, Stuttgart 21, Fridays for Future, ...

Egal an welchen Orten der Welt, ob in der Landeshauptstadt oder in New York, unabhängig vom Bildungsstand und bei allen Altersgruppierungen, Protestbewegungen sind ein Teil unserer Gesellschaft. Trotz Facebook und Twitter gehen auch im 21. Jahrhundert viele Menschen auf die Straße, um der eigenen Meinung Ausdruck zu verleihen? Und je größer die Massen sind, desto größer ist auch die mediale Aufmerksamkeit.

Doch haben diese Protestbewegungen wirklich Einfluss auf unsere Demokratie?

Dieser Frage werde ich auf den nächsten Seiten nachgehen. Dazu werde ich zunächst allgemein auf Protestbewegungen eingehen und dann anhand einiger Beispiele deren Einfluss auf die Demokratie untersuchen.

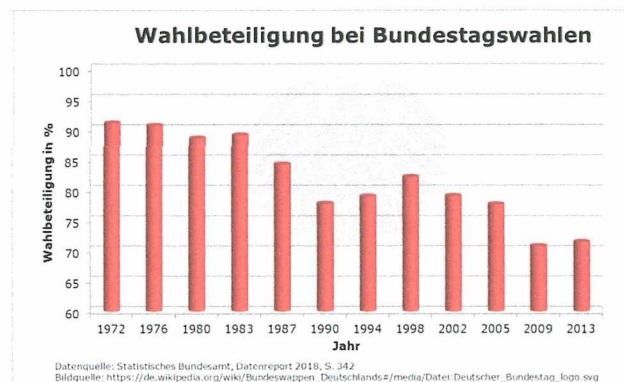
## 2 Allgemeines zu Protestbewegungen

### 2.1 Politisches Engagement in Deutschland

In den letzten 40 Jahren ist die Wahlbeteiligung in Deutschland deutlich gesunken (siehe Grafik rechts)

Parallel dazu ist auch die Mitgliedschaft in Parteien rückläufig.<sup>1</sup>

Im Gegensatz dazu ist das politische Interesse in der Bevölkerung gestiegen: „Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er-Jahre.“<sup>2</sup>



Diese Diskrepanz aus abnehmender Wahlbeteiligung und abnehmendem Vertrauen in politische Institutionen bei gleichzeitig steigendem politischem Interesse führt dazu, dass sich Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zunehmend in nicht institutionalisierten Bürgerbeteiligungen engagieren: „Das Repertoire der Beteiligungsformen hat sich über klassische institutionalisierte Formen wie Wahlen in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet. Neben organisatorischen Formen der Beteiligung wie der Arbeit in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen nutzen Bürgerinnen und Bürger vermehrt Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie die Aufnahme von Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Le-

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt, Datenreport 2018, Seite 357, abgerufen am 15.10.2019 unter [https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/_inhalt.html)

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Datenreport 2018, Seite 350

ben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen.“<sup>3</sup>

Die Unzufriedenheit führt immer wieder dazu, dass große Massen mobilisiert werden und es zu größeren Protestbewegungen kommt.

## 2.2 Möglichkeiten der politischen Partizipation

„Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ (Max Frisch)

In eine Demokratie können sich die Bürger auf kommunaler, Landes-, Bundes- sowie auf europäischer Ebene entweder als Einzelperson oder als Gruppe einmischen und partizipieren. Man unterscheidet zwischen institutionalisierten und nichtinstitutionalisierten Formen der Partizipation.

Institutionalisierte Formen:

- Wahlen
- Mitarbeit in Parteien
- Mitarbeit in Gewerkschaften
- Mitarbeit in Vereinen

Nichtinstitutionalisierte Formen:

- Direkter Kontakt zu Politikern
- Unterschriftenaktionen
- Demonstrationen
- Politische Gewalt

Eine Möglichkeit direkten Einfluss auf die Politik zu nehmen sind Bürgerentscheide oder Volksentscheide.

## 2.3 Was sind Protestbewegungen?

Protest kommt laut Duden von dem lateinischen Wort protestari, das man mit „öffentlich bezeugen, verkünden“ übersetzen kann<sup>4</sup>. Allerdings ist diese öffentliche Bezeugung bei einem Protest immer als Ausdruck der Ablehnung oder des Widerspruchs zu verstehen. Eine Protestbewegung ist also ein Zusammenschluss von Unzufriedenen, die gemeinsam auf Missstände aufmerksam machen wollen, die ihrer Meinung nach bestehen.

Protestbewegungen zeichnen sich nach Prof. Dr. Norbert Herriger dadurch aus, „dass sie mangels anderer Möglichkeiten der Einflussnahme bevorzugt zum Mittel des kollektiven und öffentlichen Protests greifen. Dieses Mittel ist zwar nicht ausschließlich Bewegungen vorbehalten, stellt aber doch die für sie zentrale Form der Selbstdarstellung und Einflussnahme dar.“<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt, Datenreport 2018, Seite 351

<sup>4</sup> Protestieren abgerufen am 04.11.2019 unter <https://www.duden.de/rechtschreibung/protestieren>

<sup>5</sup> Prof. Dr. Norbert Herriger, Soziale Bewegungen und politisches Empowerment abgerufen am 16.10.2019 unter <https://www.empowerment.de/empowerment.de/files/Materialien-6-Soziale-Bewegungen-und-politisches-Empowerment.pdf>

Grundlage für viele legale Protestaktionen sind das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungsfreiheit. Sie sind sowohl in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen<sup>6</sup> als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland<sup>7</sup> und in vielen anderen demokratischen Verfassungen verankert.

## 2.4 Wie kommt es zu Massenprotesten?

In „Massen mobilisieren“<sup>8</sup> führt der Soziologe Dieter Rucht fünf Punkte an, die einer Protestbewegung zugrunde liegen:

### 1. Unzufriedenheit

Er nennt als erstes das Vorhandensein von individuell empfundenen negativen Gefühlen oder Wahrnehmungen, die ihre Ursache in der Gesellschaft oder in Strukturen findet.

### 2. Gemeinschaftsgefühl

Das Gefühl, dass man mit diesen Wahrnehmungen nicht alleine ist, sondern eine kollektive Betroffenheit vorliegt, ist eine Voraussetzung, dass sich Protestbewegungen bilden. Hier zitiert Dieter Rucht den Soziologen Charles Tilly, dass die gleiche Art von Betroffenheit zuzüglich eines gemeinsamen sozialen Netzes eine besonders günstige Voraussetzung für eine Protestbewegung sei.

### 3. Organisatoren

Damit diese gelingt, muss sie initiiert werden und bedarf einer Organisation. So müssen beispielsweise Proteste, im Amtsdeutsch Aufzüge genannt, bei der örtlichen Polizei oder dem zuständigen Ordnungsamt angemeldet werden, außer bei Spontandemos, die auf ein unmittelbar vorausgegangenes Ereignis gefolgt sind. Von Polizei und Ordnungsamt können sich bestimmte Auflagen bezüglich Ort, Zeit und dem organisatorischen Rahmen ergeben. Darüber hinaus müssen für Proteste durch Plakate, Webseiten, Medien oder Social Media Menschen mobilisiert und Ziele formuliert und Forderungen gestellt werden. Parteien, größere Verbände oder Gewerkschaften lassen diese Organisationsarbeit beispielsweise oft von ihren Büros übernehmen.

### 4. Günstige Rahmenbedingungen

Günstige politische Rahmenbedingung, wie z.B. gerade getroffene politische Entscheidungen, eine entstehende Kluft in der Politik sind nach Rucht ein weiterer Faktor, der Proteste positiv beeinflusst. Neben dieser Rahmenbedingung nennt der Soziologe eine günstige kulturelle Situation positiv für Protestbewegungen. Diese liegen dann vor, wenn mit der Forderung oder dem Protest an die in der Gesellschaft verankerte Werte angeknüpft wird. *Welche Stimmung in der Gesellschaft herrscht, ist abhängig von herrschenden Grundstimmungen.* So können optimistische herrschen, die die Menschen zum Protest und dem Wunsch nach Veränderung anstößt oder resignierte, die die Bevölkerung eher dazu veranlasst, sich zurückzuziehen und sich um die eigenen Belange zu kümmern.

---

<sup>6</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrecht abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.menschenrechtserklaerung.de/>

<sup>7</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>

<sup>8</sup> Rucht, Dieter „Massen mobilisieren“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jahrgang: 25–26/2012, S. 3-8, 18. Juni 2012

#### 5. Aussicht auf Erfolg

Die subjektive Erfolgserwartung sieht Rucht als weitere Bedingung für das Gelingen von Protestbewegungen, denn die meisten seien erst dann bereit daran teilzunehmen, wenn sie glauben, durch die Aktion die Ziele durchsetzen zu können bzw. Erfolg zu haben. Erfolg kann jedoch verschiedene Formen haben, beispielsweise, dass das Thema von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird oder dass der Protest den öffentlichen Diskurs verändert.

### **3 Analyse wichtiger Protestbewegungen in der BRD und der DDR**

#### 3.1 Proteste gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen in Mutlangen

Am 12. Dezember 1979 unterzeichneten die Mitglieder des Nordatlantikpaktes den NATO-Doppelbeschluss. Dieser sah einerseits Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR vor, andererseits die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa, falls nicht in den nächsten vier Jahren das Arsenal an SS-20-Raketen von Russland verringert werden würde.

Durch den NATO-Doppelbeschluss kam bei den Menschen das Gefühl auf, dass dadurch das Kriegsrisiko und die Gefährdung Europas wachsen würde, gingen Friedensbewegte in Westeuropa und Deutschland auf die Straße: 1981 gab es in Bonn rund 300.000 Demonstranten, im Herbst 1983 protestierten 1,3 Millionen Menschen gleichzeitig in mehreren deutschen Städten. Um die geplante Stationierung der Pershing II Raketen zu verhindern, riefen die Friedensaktivisten zu Sitzblockaden auf. So auch in Mutlangen, einer Gemeinde im Ostalbkreis, die knapp 35km von meiner Heimatstadt entfernt liegt.

Enorme mediale Beachtung erlangte der Protest, als sich Prominente wie Petra Kelly, Oscar Lafontaine, Schriftsteller wie Heinrich Böll und Günter Grass einschalteten. Aufsehen erregte auch eine über 100km lange Menschenkette und die Teilnahme von 19 Richtern und Staatsanwälten an den Sitzblockaden.

Allerdings gab es nicht nur friedliche Aktionen. Vier Rüstungsgegner drangen in Schwäbisch Gmünd in eine Kaserne ein und richteten Schäden an einem Transportfahrzeug für die Atomraketen an. Über diese Aktion berichtete sogar die „New York Times“. Die allermeisten Protestaktionen verliefen allerdings friedlich, was auch dem Motto der Bewegung entsprach: „Frieden schaffen ohne Waffen“.

Obwohl diese Protestbewegung die meisten der in Kap. 2.4 genannten Erfolgskriterien, wie Unzufriedenheit, starkes Gemeinschaftsgefühl, gute Organisation und die Aussicht auf Erfolg, erfüllte, waren die äußeren Umstände doch so ungünstig, dass sie zunächst nicht zum Erfolg führt. Am 22. November 1983 gab der Bundestag grünes Licht für die Stationierung der Raketen, die kurz darauf angeliefert wurden.

Trotz dieser Enttäuschung wurden die Demonstrationen gegen die Atomwaffen fortgesetzt und führten letztendlich 1991 zum Abzug der Pershing II aus Deutschland.

„Immer wenn Gründe für das Ende des Kalten Krieges genannt werden, weisen viele Historiker auf die Bedeutung der Friedensbewegung hin. Sie habe zu einem Be-

wusstseinswandel in der deutschen Bevölkerung beigetragen, was auch zum internationalen Tauwetter geführt habe.“<sup>9</sup>

Die Friedensbewegung hat das politische Klima nachhaltig beeinflusst. Neben den erwähnten geopolitischen Ereignissen führte sie auch zu einem dauerhaften Erfolg der Partei „Die Grünen“. Sie ist, obwohl erst 1980 gegründet, nicht mehr aus dem politischen Alltag Deutschland wegzudenken und hat mittlerweile erheblichen Einfluss auf die Entwicklung unseres Landes.

### 3.2 Montagsdemonstrationen in der DDR

Im Zusammenhang mit dem Nachweis der Wahlfälschung in der DDR bei den Wahlen am 07. Mai 1989, schlossen sich viele Oppositionelle und Unzufriedene zu Bürgerrechtsorganisationen zusammen und riefen dazu auf, sich für Demokratie und Freiheit in der DDR zu engagieren. Ausgehend von den Versammlungen in der Leipziger Nikolaikirche trafen sich aber auch Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen zu Friedensgebeten. Am 4. September 1989 blieben im Anschluss circa 1000 Menschen vor der Kirche, um friedlich gegen die Zustände der DDR zu protestieren und forderten „Stasi raus“. Um ihren Zielen Ausdruck zu verleihen, fanden von da an immer montags ab 17Uhr Demonstrationen unter dem Motto „Wir sind das Volk!“ mit der Forderung einer demokratischen Neuordnung und dem Ende der SED-Herrschaft statt. Die Protestbewegung fand mit ihren Forderungen breite Zustimmung in der Bevölkerung: Am 16. Oktober versammeln sich in Leipzig 120.000 Demonstranten und zogen durch die Stadt, am 23. Oktober 250.000 und am 30. Oktober waren es schließlich mehr als 300.000.

Die Proteste waren nicht nur auf Leipzig beschränkt, sondern fanden auch in anderen Städten wie Dresden, Berlin oder Halle. Obwohl es immer wieder zu Verhaftungen kam, ließen weder das SED-Regime noch die stationierten sowjetischen Streitkräfte die Proteste mit Gewalt niederschlagen, obwohl sie in der DDR die größten Demonstrationen seit dem Volksaufstand 1953 waren.

Am 18.10.1989 wurde Honecker als Reaktion auf die Demonstrationen und die immer stärker werdende Ausreisewelle vom SED-Zentralkomitee zum Rücktritt gezwungen. Sein Nachfolger Egon Krenz wollte mit angekündigten Reformen die Macht der SED retten. Am 9. November 1989 verkündete SED-Politbüromitglied Günter Schabowski Reiseerleichterungen. „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“<sup>10</sup> Trotz der Öffnung der Grenzen, der als „Mauerfall“ in die Geschichte eingeht, gelang es Krenz nicht, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Die anhaltenden Massenproteste und der Ausreisestrom wegen der Wirtschaftskrise setzten das SED-Regime weiter unter Druck. Auch Gorbatschows Reformen Perestroika (=Umbau) und Glasnost (=Offenheit), die Umgestaltung und Offenheit zuließen, waren dafür verantwortlich, dass Teile der Bevölkerung in der DDR erkannten, dass die SED-Regierung im

---

<sup>9</sup> Kann ein gewaltfreier Protest die Weltpolitik beeinflussen? Abgerufen am 19.10.2019 unter [https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp\\_2016/brd\\_und\\_ddr/friedenscamp\\_und\\_blockade\\_aktion\\_in\\_mutlangen/AB3\\_Pflicht\\_3\\_Kann\\_gewaltfreier\\_Protest\\_die\\_Weltpolitik....pdf](https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/brd_und_ddr/friedenscamp_und_blockade_aktion_in_mutlangen/AB3_Pflicht_3_Kann_gewaltfreier_Protest_die_Weltpolitik....pdf)

<sup>10</sup> Schabowskis Zettel abgerufen am 20.10.2019 [https://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/geteilte\\_stadt\\_berlin/pwieschabowskiszettel100.html](https://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/geteilte_stadt_berlin/pwieschabowskiszettel100.html)

Gegensatz zu ihren „Bruderstaaten“ wie Polen und Ungarn beharrlich an ihren starren Verkrustungen festhielt.

Mit der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 waren die Montagsdemonstrationen jedoch nicht beendet, sondern dauerten bis zu den ersten freien Wahlen in der DDR am 18.03.1990 an.

Analysiert man diese Protestbewegung unter den Aspekten aus Kap. 2.4, so sind alle wichtigen Kriterien erfüllt. In großen Teilen der Bevölkerung herrschte Unmut. Durch die anfänglichen Demonstrationen wurde klar, dass dieser Unmut nicht nur einzelne Personen betraf, sondern einen großen Teil der Gesellschaft. Durch die Bürgerbewegungen und die Kirche wurden die Aktionen organisiert. Nachdem viele Leute auf der Straße waren, bestand auch berechnete Hoffnung auf Erfolg. Das äußere Umfeld war durch „Perestrojka“ und „Glasnost“ so positiv, dass zuletzt ein glücklicher Umstand wie „Schabowskis Zettel“<sup>11</sup> zu einem einmaligen historischen Ereignis führten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die friedlichen Proteste erhebliche Auswirkungen hatten, denn „[A]us ...schwer zu kalkulierenden Effekten von Mobilisierungsanstrengungen ergibt sich ein gewisses Drohpotenzial von Protestbewegungen, die nicht nur Einfluss auf die öffentliche Meinung und das Wahlverhalten gewinnen, sondern ein ganzes Regime zu Fall bringen können.“<sup>12</sup> Sie führten letztendlich zum Wechsel der Staatsform in der DDR von einer „sozialistischen Diktatur“<sup>13</sup> hin zu einer freiheitlich demokratischen Grundordnung (parlamentarischen Demokratie) und zur Wiedervereinigung Deutschlands. Außerdem entstanden neuen Bürgerbewegungen, die teilweise zu Parteigründungen führten. Auf diese Weise entstand z.B. das „Neue Forum“, das nach einer Aufspaltung teilweise in die Partei „Bündnis 90“ überging, die sich später mit „Die Grünen“ zu „Bündnis 90 / Die Grünen“ zusammenschlossen.

### 3.3 PEGIDA

In Anlehnung an die in Kap. 3.2 erwähnten Montagsdemonstrationen und die „Wir sind das Volk“-Rufe organisierte die PEGIDA-Bewegung, um Gründer Lutz Bachmann ab dem Oktober 2014 wöchentlich und später alle zwei Wochen einen sogenannten „Montagsspaziergang“ in Dresden. Die Protestbewegung wurde zunächst als Facebook-Gruppe mit dem Namen „Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ins Leben gerufen. Der Protest richtete sich damals gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK und Auseinandersetzungen von Pro-Jesiden und Pro-Kurden in einigen deutschen Städten.

Mit wachsenden Teilnehmerzahlen und durch das immer größer werdende mediale Interesse, professionalisierte sich auch die Protestbewegung. So wurde ein mittlerweile zehn Punkte umfassendes Dokument mit den Zielen PEGIDAS erstellt. Die hier formulierten Ziele sind sehr moderat gehalten. So fordern sie dort zum Beispiel höhere Renten, ein reformiertes Schulsystem und eine zentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Auf der Straße jedoch sahen die Ziele schon ganz anders aus. Dort wurden Forderungen laut, dass Angela Merkel zurücktreten solle. Außerdem gab es bei einer

---

<sup>11</sup> Schabowskis Zettel (siehe oben)

<sup>12</sup> Rucht, Dieter „Massen mobilisieren“ in: Protest und Beteiligung, APuZ, Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jahrgang · 25–26/2012 · 18. Juni

<sup>13</sup> Der DDR-Staat: Eine sozialistische Diktatur abgerufen am 20.10.2019 [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=9a878e22-aaf9-2065-d9ac-ab67b67977f5&groupid=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=9a878e22-aaf9-2065-d9ac-ab67b67977f5&groupid=252038)



Demonstration im Oktober 2015 einen Galgen, für „Sigmar das Pack Gabriel“ und „Angela Mutti Merkel“. Mit den „Wir sind das Volk“-Rufen wollen die Demonstrierenden außerdem darauf aufmerksam machen, dass sie sich von den Politikern nicht mehr repräsentiert fühlen.

Durch das oben erwähnte mediale Interesse stiegen auch die Teilnehmerzahlen rasant an. Ihre beiden Höhepunkte hatte PEGIDA dann im Januar und Oktober 2015 mit jeweils ca. 25.000 und 17.000 Demonstrierenden. Die beiden Spitzen lassen sich zum einen durch den islamistisch motivierten Anschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo und die im Oktober stark angestiegene Zahl von Flüchtlingen erklären. Vor, nach und zwischen diesen Spitzen waren die Zahlen der Teilnehmer fast immer unter 6.000. Durch die hohen Teilnehmerzahlen im Januar und Oktober angespornt entstanden auch in anderen Städten Ableger der Bewegung. Diese „Untergruppen“ hielten sich jedoch nicht solange wie die in Dresden und es standen ihnen immer mehr Gegendemonstranten als in Dresden gegenüber.

Laut einer empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern fasst Prof. Dr. Hans Vorländer seine Erkenntnisse folgendermaßen zusammen: „Der „typische“ PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit aus und stammt aus Dresden oder Sachsen.“<sup>14</sup>

Obwohl PEGIDA ursprünglich auf die Gefahr durch den Islamismus in Deutschland aufmerksam machen wollte, geht es einem großen Teil der Teilnehmer darum, ihrer Unzufriedenheit mit der Politik Ausdruck zu verleihen. „PEGIDA e.V. ist vornehmlich ein Bündnis, das sich gegen die angeblich drohende Ausbreitung des Islamismus in Deutschland und Europa einsetzt. Die bisher friedlichen Demonstrationen sollen aber vor allem auf eine vermeintlich verfehlte Politik der Bundesregierung aufmerksam machen. Die Demonstrationen sind für die Menschen auch Ausdruck eines Verlusts von Vertrauen gegenüber den Institutionen dieser Gesellschaft: Parteien, Verbänden, Kirchen und den etablierten Medien in einer immer komplexer werdenden Welt. Es geht um allgemeine Unzufriedenheit am politischen System und die Angst vor Überfremdung, die sich am angeblichen Islamismus als Katalysator kristallisiert.“<sup>15</sup>

Heute ist die PEGIDA-Bewegung auf ihren „harten Kern“ zusammengeschrumpft. Es finden zwar noch immer Veranstaltungen statt, welche jedoch keine großen Teilnehmerzahlen aufweisen.

Dennoch hat diese Protestbewegung sicher in der Gesellschaft mit dazu beigetragen, dass vor allem im Osten ausländerfeindliche Äußerungen und Einstellungen erstarkt sind. Dies untermauert die Langzeitstudie der Universität Leipzig zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen. Die Hemmschwelle, rechtsextremen Aussagen zuzustimmen, sei deutlich niedriger geworden, so deren Ergebnis. Demnach würde jeder dritte Deutsche entsprechende Positionen vertreten. 36% der deutschen Bevölkerung halte Deutschland gefährlich überfremdet.

„Viele Protestinhalte sind zunächst marginal, gewinnen dann jedoch an Zuspruch. Das bedeutet wiederum, dass die Gesellschaft Inhalte aufgreift, sie verändert, oft-

---

<sup>14</sup> Vorländer, Hans: Wer geht warum zu den PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern, ZVD, Dresden 2015

<sup>15</sup> PEGIDA - Politik und Gesellschaft auf dem Prüfstand abgerufen am 15.10.2019 unter <https://www.lpb-bw.de/pegida.html>

mals auch etwas glättet und integriert. Der Erfolg einer Bewegung misst sich paradoxerweise nicht zuletzt daran, wie weit sie von vielen anderen Kräften, auch von Politik und Verwaltung, letztlich zumindest teilweise aufgenommen wird.<sup>16</sup> Viele Migranten nehmen in der Gesellschaft einen größer werdenden Alltagsrassismus wahr. Da dieser meistens subtil ist, ist er nur schwer verfolgbar und lässt sich auch nicht gut belegen. In den sozialen Medien teilen inzwischen Menschen mit Migrationshintergrund unter „#MeTwo“ rassistische Erfahrungen, die sie gemacht haben.

Protestbewegung wie PEGIDA fordern Menschen heraus, sich zu positionieren. Aus diesem Grund schlossen sich besorgte Bürger und Politiker wie beispielsweise Maas, Barley und Habeck diesem Projekt an oder nahmen an PEGIDA-Gegendemonstrationen teil, um sich für die Rechte von Flüchtlingen einzusetzen und ein Zeichen für ein offenes Deutschland zu setzen. Durch PEGIDA wird für die Regierenden sichtbar: „Die Politik hat bislang noch viel zu wenig erklärt, was Zuwanderung für unser Land bedeutet. Die Menschen wollen wissen, warum es Einwanderung braucht, wie sich das Land verändern wird, wenn viele Kulturen und Ethnien zusammenleben. Ich habe viele Gesprächsrunden in kleinen Orten erlebt, bei denen die Menschen durchaus bereit waren, Flüchtlinge aufzunehmen. Sie machen sich aber Gedanken, welche Zahl von Flüchtlingen sie aufnehmen können, die für ihr Gemeinwesen verkraftbar ist.“<sup>17</sup>

### 3.4 „Stuttgart 21“

Nach dem Vorbild der Montagsdemonstrationen von Leipzig fanden erstmals vor zehn Jahren im November 2009, Proteste gegen das Bauprojekt „Stuttgart 21“ statt. Durch das Bauvorhaben sollte der Stuttgarter Kopfbahnhof zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut werden. Als die Abrissarbeiten am Bahnhof begannen und Kostensteigerungen auf vier Milliarden Euro bekannt wurden, nahm nach den Sommerferien die Zahl der Demonstranten zu. Die Demonstration wurde von Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, von kirchlichen Gruppierungen, verschiedenen Parteien und Stadtteilvereinen getragen. Aktionen wie Menschenkette oder der „Schwabenstreich“, die Überwindung des Bauzauns und Besetzung des Platzes vor dem Nordflügel des Bahnhofs zogen Demonstranten und Presse an. Monatelang verlief der Protest friedlich, bis zum „Schwarzen Donnerstag“, dem 30. September 2010. Polizei setzte Reizgas, Schlagstöcke und Wasserwerfer ein, um gegen tausende Menschen vorzugehen, die sich im Schlosspark wegen Baumrodungen versammelten. Dabei wurden mehr als 130 Menschen verletzt. Durch diese Vorfälle setzte der baden-württembergische Landtag einen Untersuchungsausschuss ein, der der Frage nachgehen sollte, wer für das Vorgehen der Polizei verantwortlich sei. „Untersuchungsausschüsse sind in Deutschland spätestens seit der Zeit der Weimarer Republik ein fester Bestandteil der parlamentarischen Demokratie und der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition.“<sup>18</sup> „Für die nicht an der Regie-

---

<sup>16</sup> Vielfältige Demokratie abgerufen am 15.10.2019 unter [https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/140905\\_Demokratie-Studie.pdf](https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/140905_Demokratie-Studie.pdf)

<sup>17</sup> Wir sollten Hysterie vermeiden abgerufen am 30.10.2019 unter <https://www.tagesschau.de/inland/pegida-interview-101.html>

<sup>18</sup> Das schärfste Schwert der Opposition abgerufen am 23.10.2019 unter [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29580373\\_untersuchungsausschuesse-201648](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29580373_untersuchungsausschuesse-201648)

rung beteiligten Parteien ist der Untersuchungsausschuss deshalb eines ihrer wichtigsten Kontrollinstrumente.“<sup>19</sup>

Dadurch, dass der unverhältnismäßig harte Einsatz der Polizei die Gerichte beschäftigte, wurde für die Bürger die Kontrollfunktion der Opposition in einer Demokratie erfahrbar. Er verdeutlichte auch die Bedeutung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Die heftigen Proteste und die Polarisierung durch „Stuttgart 21“ bewog die neugewählte grün-rote Regierung im Jahr 2011 dazu, eine Volksabstimmung durchzuführen. Am 27. November 2011 stimmten ca. 58% für den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Die Wahlbeteiligung lag bei über 48%<sup>20</sup>.

Diese Volksabstimmung in Baden-Württemberg zeigt auf beeindruckende Weise die Auswirkungen von Protestbewegungen auf die Demokratie. Nach der Ablehnung eines Bürgerentscheids zu „Stuttgart 21“ im Jahr 2007 führten die anhaltenden Proteste zur ersten direkten Demokratie auf Landesebene in den letzten 40 Jahren in BW.

Obwohl Ministerpräsident Kretschmann sich öffentlich gegen das Bauprojekt „Stuttgart 21“ ausgesprochen hatte, akzeptierte und verteidigte er das Ergebnis der Volksbefragung, u.a. in einem offenen Brief: „So schmerzlich und bitter die Entscheidung des Volkes für Stuttgart 21 in der Sache für uns Gegner war. Ungleich schlimmer wäre es, das Votum letztlich nicht anzuerkennen. Denn dies hieße nichts anderes, als unseren demokratischen Rechtsstaat in Frage zu stellen.“<sup>21</sup> Dieser respektvolle Umgang mit dem Abstimmungsergebnis brachte ihm viele Sympathien ein.

#### **4 Fazit: Haben Protestbewegungen Einfluss auf die Demokratie?**

Die vorhergehenden Kapitel haben zweifelsfrei gezeigt, dass Protestbewegungen erheblichen Einfluss auf die Demokratie haben können. Natürlich sind die ausgewählten Beispiele Extremfälle. Nicht nach jedem Bürgerprotest werden neue Parteien gegründet, Regime zu Fall gebracht oder es kommt zu einer Volksabstimmung. Nahezu täglich gibt es irgendwo in Deutschland eine öffentliche Veranstaltung, in der sich Bürger für ein Thema stark machen, z.B. für Frieden, bessere Arbeitsbedingungen, gegen Umweltverschmutzung oder für eine neue Umgehungsstraße. Die meisten von ihnen erregen jedoch keine große öffentliche Aufmerksamkeit.

Beispielhaft sei die wöchentliche Mahnwache für den Frieden in der Ellwanger Fußgängerzone erwähnt. Dort treffen sich seit dem Jahr 2001 jeden Samstag Mitglieder des Aktionsbündnisses Mahnwache Ellwangen und anderer Organisationen zu einem stillen Protest für Frieden, Menschenrechte und gegen Gewalt.<sup>22</sup> Oft nehmen weniger als 20 Personen an den Veranstaltungen teil. Trotzdem halten die Organisatoren an der Veranstaltung fest. Getreu dem Motto von Voltaire „Wir sind nicht nur

---

<sup>19</sup> Das schärfste Schwert der Opposition (siehe oben)

<sup>20</sup> Volksabstimmung zu Stuttgart 21 abgerufen am 26.10.2019 unter [https://www.lpb-bw.de/volksabstimmung\\_stuttgart21.html](https://www.lpb-bw.de/volksabstimmung_stuttgart21.html)

<sup>21</sup> Offener Brief von Ministerpräsident Kretschmann zu Stuttgart 21 abgerufen am 26.10.2019 unter <https://www.gruene-bw.de/offener-brief-von-ministerpraesident-winfried-kretschmann-zu-stuttgart-21/>

<sup>22</sup> Frieden als Aufgabe von und für Christen und Kirchen abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.kirche-ellwangen.de/erwachsene/friedenskreis/>

dafür verantwortlich was wir tun, sondern auch dafür, was wir nicht tun.“ bedeutet nichts zu tun, die bestehenden Zustände zu akzeptieren oder sogar gut zu finden.

Aus diesem Grund sind Protestbewegungen wichtig für die Demokratie. Sie machen sichtbar, was sich in den Köpfen von Teilen der Bevölkerung abspielt, welche Themen den Bürgern unter den Nägeln brennen. Sie sind ein Seismograf für Unzufriedenheit und gleichzeitig ein guter Indikator, da sich die Größe der Betroffenheit oft an der Größe der Beteiligung erkennen lässt. Aber auch die Dauer von Protesten kann eine Rolle spielen. Gerade langfristige Aktivitäten wie z.B. Pegida können die Meinungen oder gesellschaftliche Normen schleichend verändern, so dass sie zu einer nur schwer messbaren Wandlung der Stimmung im Land führen.

Einen erheblichen Anteil daran, dass die Bevölkerung zur Meinungsäußerung in Form von Protesten möglich ist, haben das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungsfreiheit. Sie sind sowohl in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen<sup>23</sup> als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland<sup>24</sup> verankert. Diese beiden Rechte stellen ein sehr hohes Gut dar, das leider nicht alle Menschen weltweit genießen.

Sie führen leider auch dazu, dass wir rechte Demonstrationen in Deutschland akzeptieren müssen. Aber wir müssen sie nicht stillschweigend hinnehmen, wie ein weiteres Beispiel aus Ellwangen zeigt: Am 22. September 2018 veranstaltet die AfD eine Demonstration gegen die Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen, an der 120 Personen teilnehmen. Parallel organisiert die Initiative „Ellwangen ist bunt“ eine Gegen demonstration mit 500 Teilnehmern.<sup>25</sup>

Dass Protestbewegungen in Deutschland eher zu- als abnehmen, macht mir Mut für die Zukunft, denn es zeigt, dass Demokratie in Deutschland gelebt wird.

---

<sup>23</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.menschenrechtserklaerung.de/>

<sup>24</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>

<sup>25</sup> AfD-Protest gegen LEA kleiner als gedacht abgerufen am 28.10.2019 unter [https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/afd-protest-gegen-lea\\_-bunte-gegendemo-in-der-stadt-27948498.html](https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/afd-protest-gegen-lea_-bunte-gegendemo-in-der-stadt-27948498.html)

## **5 Quellenverzeichnis:**

### **Literaturverzeichnis:**

Gassert, Philipp: *Bewegte Gesellschaft*, Kohlhammer; Stuttgart 2018

Rucht, Dieter „Massen mobilisieren“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62. Jahrgang: 25–26/2012, 18. Juni 2012

Vorländer, Hans: *Wer geht warum zu den PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern*, ZVD, Dresden 2015

### **Internetquellen:**

[https://www.lpb-bw.de/volksabstimmung\\_stuttgart21.html](https://www.lpb-bw.de/volksabstimmung_stuttgart21.html) abgerufen am 26.10.2019

<https://www.lpb-bw.de/volksabstimmung-in-bw.html> abgerufen am 26.10.2019

Statistisches Bundesamt, *Datenreport 2018*, Seite 357, abgerufen am 15.10.2019 unter [https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/_inhalt.html)

Statistisches Bundesamt, *Datenreport 2018*, Seite 350

Statistisches Bundesamt, *Datenreport 2018*, Seite 351

Prof. Dr. Norbert Herriger, *Soziale Bewegungen und politisches Empowerment* abgerufen am 16.10.2019 unter <https://www.empowerment.de/empowerment.de/files/Materialien-6-Soziale-Bewegungen-und-politisches-Empowerment.pdf>

Protestieren abgerufen am 04.11.2019 unter <https://www.duden.de/rechtschreibung/protestieren>

Die Deutschen im Widerstand abgerufen am 21.10.2019 unter [https://www.deutschlandfunk.de/studie-zu-den-protestbewegungen-seit-1945-die-deutschen-im.1148.de.html?dram:article\\_id=415800](https://www.deutschlandfunk.de/studie-zu-den-protestbewegungen-seit-1945-die-deutschen-im.1148.de.html?dram:article_id=415800)

Kann ein gewaltfreier Protest die Weltpolitik beeinflussen? abgerufen am 19.10.2019 unter [https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp\\_2016/brd\\_und\\_ddr/friedenscamp\\_und\\_blockadeaktion\\_in\\_mutlangen/AB3\\_Pflicht\\_3\\_Kann\\_gewaltfreier\\_Protest\\_die\\_Weltpolitik....pdf](https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/brd_und_ddr/friedenscamp_und_blockadeaktion_in_mutlangen/AB3_Pflicht_3_Kann_gewaltfreier_Protest_die_Weltpolitik....pdf)

Schabowskis Zettel abgerufen am 20.10.2019 [https://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/geteilte\\_stadt\\_berlin/pwieschabowskiszettel100.html](https://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/geteilte_stadt_berlin/pwieschabowskiszettel100.html)

Der DDR-Staat: Eine sozialistische Diktatur abgerufen am 20.10.2019 [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=9a878e22-aaf9-2065-d9ac-ab67b67977f5&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=9a878e22-aaf9-2065-d9ac-ab67b67977f5&groupId=252038)

PEGIDA - Politik und Gesellschaft auf dem Prüfstand abgerufen am 15.10.2019 unter <https://www.lpb-bw.de/pegida.html>

Vielfältige Demokratie abgerufen am 15.10.2019 unter [https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/140905\\_Demokratie-Studie.pdf](https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/140905_Demokratie-Studie.pdf)

Wir sollten Hysterie vermeiden abgerufen am 30.10.2019 unter <https://www.tagesschau.de/inland/pegida-interview-101.html>

Das schärfste Schwert der Opposition abgerufen am 23.10.2019 unter [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29580373\\_untersuchungsausschuesse-201648](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29580373_untersuchungsausschuesse-201648)

Volksabstimmung zu Stuttgart 21 abgerufen am 26.10.2019 unter [https://www.lpb-bw.de/volksabstimmung\\_stuttgart21.html](https://www.lpb-bw.de/volksabstimmung_stuttgart21.html)

Offener Brief von Ministerpräsident Kretschmann zu Stuttgart 21 abgerufen am 26.10.2019 unter <https://www.gruene-bw.de/offener-brief-von-ministerpraesident-winfried-kretschmann-zu-stuttgart-21/>

Frieden als Aufgabe von und für Christen und Kirchen abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.kirche-ellwangen.de/erwachsene/friedenskreis/>

Allgemeine Erklärung der Menschenrecht abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.menschenrechtserklaerung.de/>

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>

AfD-Protest gegen LEA kleiner als gedacht abgerufen am 28.10.2019 unter <https://www.swp.de/>

[suedwesten/landespoleitik/afd-protest-gegen-lea\\_-bunte-gegendemo-in-der-stadt-27948498.html](https://www.suedwesten.de/landespoleitik/afd-protest-gegen-lea_-bunte-gegendemo-in-der-stadt-27948498.html)